

Berlins Millionengräber

Beteiligungen an mehr als 300 Gesellschaften kosten die Steuerzahler mehr, als sie erwirtschaften

Von Joachim Fahrn

Das bankrotte Berlin besitzt noch immer einen Gemischtwarenladen von mehr als 300 Unternehmensbeteiligungen. Kontrolle und Transparenz sind mangelhaft, Millionen gehen verloren. Die Koalition will Abhilfe schaffen. Aber die Finanzverwaltung mauert.

Die Klage ist alt. Schon in seinem Jahresbericht 2000 hat der Landesrechnungshof harsche Worte für die Beteiligungsverwaltung des Senats gefunden. "Noch immer" würden Unternehmen "mangelhaft kontrolliert", die Aufgaben "nicht ordnungsgemäß wahrgenommen". "Mangelnde Unterrichtung" des Rechnungshofes behindere parlamentarische Kontrolle.

Koalitions-Abgeordnete erzählen Schauergeschichten von ahnungslosen Aufsichtsräten, Kompetenzwirrwarr und Ziellosigkeit. So sei es vorgekommen, dass ein Staatssekretär vor einer Aufsichtsratssitzung mit seiner Bitte um Zahlen über ein wichtiges Landesunternehmen bei einem Abteilungsleiter des Finanzressorts abblitzte und schlecht vorbereitet in den Aufsichtsrat musste. Folgen dieser Verweigerung sind nicht bekannt.

An diesem Zustand hat sich bis heute wenig geändert. Dabei hatten sich auch SPD und PDS vorgenommen, den Dschungel der mehr als 300 Gesellschaften zu lichten, die Berlins Steuerzahlern entweder direkt oder indirekt gehören. Wie nötig das ist, hatte dramatisch der lange unbemerkte Absturz der Bankgesellschaft Berlin gezeigt, deren Pleite das Land nur mit Milliarden aus dem Steuersäckel verhindern konnte. Insgesamt kosten seine Banken, Wohnungsbaugesellschaften, Gewerbebetriebe, Versicherungen und anderen Beteiligungen Berlin erheblich mehr, als sie für die Stadt erwirtschaften. Was sie jenseits der Finanzfrage Segensreiches bringen, ist nirgendwo konkret nachzuvollziehen.

Anfang des Jahres wollte die Finanzverwaltung vom Hauptausschuss Geld für externe Berater, um die 2001 im Koalitionsvertrag angekündigte Neuordnung des Beteiligungsmanagements umzusetzen. Koalitionsabgeordnete wollten diesen Prozess aber gern selbst in der Hand behalten und setzten eine Arbeitsgruppe ein. Schnell kamen die Sozialdemokraten Stefan Zackenfels, Dilek Kolat und **Bernd Schimmler** mit ihren PDS-Kollegen Klaus Lederer und Benjamin Hoff überein, dass eine effektive Kontrolle nur außerhalb der Behörde machbar sei. Eine externe Controlling GmbH soll nach dem Wunsch der Fraktions-Experten die Aufgaben der Beteiligungs-Abteilung des Finanzsenators und des beim Wirtschaftssenator angesiedelten Aufsichtsratsbüros übernehmen. Dafür sind auch die Grünen.

Gut qualifizierte und bezahlte Experten sollten die Informationen sammeln, nachvollziehbar für Parlamentarier und Aufsichtsräte aufarbeiten und Kennzahlen mit den politisch formulierten Zielvorgaben vergleichen und bei Abweichungen Alarm schlagen. Das Geld wäre aus Sicht der Parlamentarier gut angelegt, weil weniger in den Unternehmen verschleudert würde. Auch die Gehälter der Bosse wären transparent. Werden die Ziele verfehlt, gibt es ein Malus, wenn alles gut läuft, Prämien.

Seit Mai ist das Modell fertig und mit der Verwaltung abgestimmt. "Seitdem hängt die Sache in der Luft", kritisiert der SPD-Mann Zackenfels, "die Finanzverwaltung mauert da". Die Beamten wollen offenbar ihre Kompetenzen nicht abgeben. Wie zu hören ist, planen sie trotz der klaren politischen Vorgaben eine Neuordnung innerhalb der Verwaltung. "Die haben aber bewiesen, dass sie es nicht können", sagt der PDS-Abgeordnete Hoff. Sollte die Verwaltung nicht die Idee einer externen Lösung aufgreifen, "laufen wir auf einen handfesten Konflikt zu".

MP25082003